

Keine Klimaschutz-Experten im Rat

Bürgermeister erteilt Ulrich Hemke eine Absage: Der Grüne fordert zur „Neubesinnung“ auf

hr. STADE. Stades Bürgermeister Andreas Rieckhof sieht keinen Sinn darin, unabhängige Experten in Sachen „Kohlekraftwerk und Klimaschutz“ im Rat zu hören. Das hatte der Grünen-Ratsherr Ulrich Hemke angeregt, nachdem Vertretern der Kraftwerksbetreiber Electrabel und E.on ihre Kraftwerksprojekte im Rat vorgestellt hatten. Rieckhofs Antwort: „Die Frage, ob in Stade überhaupt Kohlekraftwerke errichtet werden sollen beziehungsweise können, hat der Rat nach meiner Auffassung durch die Beschlüsse der vergangenen Jahre positiv beantwortet. Ich kann nicht erkennen, warum jetzt im Nachgang Sachverständige zu Rate gezogen werden sollen.“

Den Fraktionen des Rates, so Rieckhof weiter, stehe es natürlich frei, „im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel“ Pro- und Kontradebatten über die Nutzung der Kohleenergie in Deutschland zu führen. Die Auftritte der Energie-Unternehmen im Rat hätten der Vorstellung ihrer konkreten Projekte gedient und nicht der „allgemeinen politischen Erörterung der Vor- und Nachteile der Kohleenergie“, macht der Bürgermeister in seinem Schreiben außerdem deutlich. Grundsatzentscheidungen über die Energieversorgung in Deutschland fallen für Rieckhof in die Zu-

ständigkeit von Bundestag und Bundesregierung.

Da setzt Hemke seine Erwiderung an: Politische Grundsatzentscheidungen in Berlin könnten den Stader Rat nicht zur Befürwortung von Kohlekraftwerken verpflichten. Der Grüne weist außerdem darauf, dass die vom Rat beschlossene Bebauungsplanänderung für das Electrabel-Kraftwerk keine Gnade vor dem Lüneburger Oberverwaltungsgericht gefunden habe.

Auch weil sich die Einschätzung des Klimaschutzes seit dem Beschluss im Jahr 2006 beträchtlich geändert habe, sollten

sich Rat und Verwaltung, so Hemke, „einer Neubesinnung nicht entziehen“. Hemke weist seinerseits auf den Ratsbeschluss, mit dem die Stadt Stade der „Charta von Aalborg“ beigetreten ist. Daraus ergäbe sich die Verpflichtung, den Klimaschutz bei der Stadtplanung angemessen zu berücksichtigen.

Schließlich gehe es in Stade ja längst nicht mehr nur um das Projekt von Electrabel, sondern um insgesamt drei Kohlekraftwerke: Neben dem Energieversorger E.on, der neben dem stillgelegten Atomkraftwerk in Basenfleth bauen will, plant auch das Dow-Werk in Kooperation mit dem süddeutschen Versorger EnBW ein weiteres Kohlekraftwerk.

Stadtplanung in der Pflicht?